

# Der BürgerschaftsEntscheid im Juni 2009

## Das Projekt »Jetzt die Demokratisierung der EU gestalten«

### I. Die Sackgasse des etablierten EU-Systems

Nachdem bisher alle Versuche gescheitert waren, in jahrelangen Bemühungen auf den Verfassungsprozess der Europäischen Union mit *neuen Ideen* Einfluss zu gewinnen - man stieß immer wieder, entgegen aller wohlklingenden verbalen Bekundungen zur angeblichen Dialogbereitschaft, auf die pure Ignoranz und Arroganz des Establishments in Brüssel und in den Metropolen der Mitgliedsländer - , entstand durch das »Nein« aus Irland zu dem sog. *Lissaboner »ReformVertrag« [LRV]* eine neue Situation. Eine Situation, die eine Chance bietet, an der *Schlüsselstelle* der bisherigen konstitutionellen Grundlagen der EU eine entscheidende Wende zu erreichen - wenn es gelingt, *alle Kräfte kurzfristig zu konzentrieren auf ein gemeinsames Projekt*, das unmittelbar als Antwort auf die neue Situation aus der Zivilgesellschaft mit dem Initialimpuls des **Wiener Appells**<sup>1</sup> vom 15. Juni 2008 entstanden ist.

Die neue Situation besteht darin, dass durch das irische Votum mit dem Ergebnis des dortigen Volksentscheides vom 12. Juni der Ratifizierungsprozess des LRV ins Stocken geraten ist. Der Vertrag kann ja nur in Kraft treten, wenn alle Mitgliedsländer ihm zugestimmt haben. Die erste Reaktion im Lager der etablierten politischen Klasse des EU-Parlamentarismus war *kakophonische Verwirrung*. Die spontanen Wortmeldungen aus Brüssel und den Mitgliedsländern zeugten von allgemeiner Ratlosigkeit. »Wat nu«?

Weil für diese Situation von dieser Seite aber kein konsensfähiger Vorschlag vorbereitet war und in dem spontan aufgetretenen Stimmengewirr ein solcher auch nicht auftauchte, schob man in der Regierungskonferenz vom 17.-19. Juni den Schwarzen Peter erst mal den Franzosen zu. Als Präsidentschaft für das zweite Halbjahr 2008 sollten sie sich bis zur nächsten Regierungskonferenz im Oktober mit den Iren auf einen Vorschlag verständigen, wie es nun mit dem Vertragswerk weitergehen könne, denn, so wird es gesehen, die inzwischen auf 27 Staaten erweiterte Union benötige eben, um für die weiteren Entwicklungen handlungsfähig und offen zu bleiben, jene »Reformierung« ihrer vertraglichen Grundlagen.

### II. Der Ausweg:

#### Die demokratische GeneralReform des Kerns der Sache

1. Der Vorschlag, der *den zeitgemäßen und in der Systemnotwendigkeit begründeten Ausweg* zeigt, wurde am 15. Juni in Wien aus der dortigen *4. Konferenz der Initiative Zivilgesellschaft* ins Spiel gebracht und mit einem Begleitbrief sofort

---

<sup>1</sup> <http://www.impuls21.net/wiener-appell>

allen Beteiligten an der Brüsseler Regierungskonferenz mitgeteilt. Reaktion wie bisher immer: Keine Reaktion.

2. In Erwartung dessen, bildete sich die Initiative »**Impuls21 - Europäische Bürgerschaftsbewegung EBB**«, um nun die im **Wiener Appell** gestellte Aufgabe, »jetzt die Demokratisierung der EU zu gestalten«, *operativ* in Gang zu setzen. In der Initiativgruppe herrschte sehr schnell Einigkeit, dass ein Projekt angestoßen werden sollte, das sich einerseits zu konzentrieren hätte auf den *Kardinalpunkt* dessen, was bisher eher zur Vernebelung des Bewusstseins der Bürgerschaft denn zu ihrer Aufklärung mit dem Begriff eines »*Demokratie-Defizits*« der EU benannt worden ist und andererseits eine *Tat* zu setzen hätte, an der alle Bürgerinnen und Bürger würden mitwirken können, ja müssen, um durch eine solche Tat den neuen Ausgangspunkt für Europa zu setzen.

Auf diese Konstellation antwortet *Impuls 21 - EBB* mit drei Faktoren:

### 1. Die zündende Idee

2.1 Wenn - ausgehend von den Errungenschaften der Französischen Revolution von 1789 - als **das Fundament der Fundamente der modernen Demokratie die Idee der Volks- oder, transnational gesehen [wie in der EU], - der BürgerschaftsSouveränität** *erkannt* ist, dann ist diese Idee bisher in der Europäischen Union konstitutionell noch *nicht vollgültig*, sondern, trotz aller Sonntagsrhetorik, nur *relativ anerkannt*.

Die für den Charakter ihres politischen Systems ausschlaggebende Einschränkung besteht in ihrem Selbstverständnis als »*repräsentative Demokratie*«<sup>2</sup>. Das heißt: Die Bürgerschaft übt in der EU - wie in den meisten ihrer Mitgliedsstaaten - ihre Souveränität nur mit dem *Wahlrecht* zur parteipolitisch sortierten Besetzung ihrer parlamentarischen Vertretung aus. Eine konkrete Einflussnahme ist selbst im Hinblick auf das *Initiativrecht* zu Einzelfragen der Politik und Gesetzgebung auf die *Petition*<sup>3</sup> beschränkt. Das *Entscheidungsrecht* ist überhaupt ausgeschlossen. Die Bürgerschaft hat keine Möglichkeit der konkreten Selbstbestimmung ihres politisch-rechtlichen Lebens; sie ist total abhängig von dem Willen der parlamentarischen Institutionen. *Die EU ist insofern* - konsequent gedacht - *bisher ein vormundtschaftliches, vordemokratisches System*.

*Das ist der wahre Schlüsselpunkt ihres »Demokratie«-Defizits*. Mit seiner Beseitigung wird zugleich die Bedingung dafür geschaffen, dass *alle* anderen »Defizite« und Politikgestaltungen im Prinzip aus dem Institut praktisch ausübbarer demokratischer Souveränität des Volkes bzw. der Bürgerschaft des Gemeinwesens bearbeitet werden könnten, wenn diese Anerkennung der Idee in ihren prakti-

---

2 s. Konsolidierten Fassung des Vertrages über die Europäische Union, Art.10.1

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>

3 s. Konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art.

20.d <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:DE:PDF>

schen Regelungen allen wesensgemäßen heutigen Erfordernissen gerecht werden würde.

Im **Wiener Appell** sind diese Bedingungen mit einer *dreistufigen Konzeption*<sup>4</sup> erfüllt und von der Initiative Impuls21 - EBB als geistig-politische Grundlage des Projektes »BürgerschaftsEntscheid 2009« aufgegriffen.

## 2. Die politische Tat

**2.2** Aus den Erfahrungen, die im Prinzip bisher *alle* zivilgesellschaftlichen Initiativen mit dem EU-Establishment in jahrelangen Bemühungen, an den Entwicklungen mit anderen Ideen als den etablierten parteipolitischen mitwirken zu wollen, gemacht haben, war klar, dass das Ziel dieser »Generalreform« nicht bloß durch Korrespondenzen, Lobbyarbeit und andere traditionelle Aktivitäten zu erreichen ist. Es müssten vielmehr möglichst alle Bürgerinnen und Bürger, die wir auf den verschiedensten Wegen informieren können, dann, wenn sie den Faktor 1 unterstützen wollen, die Möglichkeit haben, ihren Willen so zu bekunden, dass die Summe der **Willensbekundungen** ein so gewichtiges »*politisches Kapital*« bildet, um gegen die Forderung, dem Prinzip der BürgerschaftsSouveränität konstitutionell Respekt zu zollen, keinen erfolgversprechenden Widerstand mehr befürchten zu müssen. Sodass der Vorschlag, den Impuls21 - EBB unterbreitet, von der Bürgerschaft selbst gleichzeitig mit der Wahl zum EU-Parlament **im Juni 2009 durch eine direkt-demokratische Abstimmung** entschieden werden kann.

Wenn die Zeit - 220 Jahre nachdem das Prinzip der VolksSouveränität zwischen dem 17. Juni und 14. Juli 1789 *in Frankreich revolutionär* an die Spitze der modernen DemokratieEntwicklung gestellt wurde - inzwischen reif dafür geworden ist, dass jetzt *ganz Europa* diesen Schritt konsequent und sachgemäß geregelt vollzieht, dann kann und muss sich beweisen, dass die Bürgerschaft unseres Kontinentes darum nicht mehr »bettelt« wie eine Nation von Untertanen gegenüber einer monarchischen Herrschaft und schon gar nicht gegenüber immerhin schon gewählten Volksvertretungen. **Dann vereinigt sich die Bürgerschaft zur »revolutionären« Tat vielmehr auf die zeitgemäße Art und veranstaltet mit der nächsten europäischen Parlamementswahl den ersten Bürgerschafts-Entscheid der EU: im Juni 2009 - notfalls selbstorganisiert, wenn der Staat der »RepräsentativDemokraten« sich immer noch weigern sollte, sich an dem Schritt zur bürgerschaftlichen Selbstbestimmung unterstützend, wie es seine Pflicht wäre, zu beteiligen!**

Um das vorzubereiten, wurde im Internet die Kampagne zur Beteiligung mit der **Willensbekundungs-Seite**<sup>5</sup> eingerichtet.

Dieses Element des Faktors 2 hat eine doppelte Ausrichtung:

---

<sup>4</sup> Zu den Einzelheiten der dreistufigen BürgerschaftsDemokratie, siehe: <http://impuls21.net/willensbekundung>

<sup>5</sup> ebd.

- Die *Willensbekundung* bezieht sich zum einen auf dessen *Primärebene*, also auf den BürgerschaftsEntscheid im Juni 2009 zu dem auf der Willensbekundungs-Seite dargestellten Weg der *dreistufigen Bürgerschafts-Demokratie* und wie sie geregelt werden muss, um von den Menschen optimal ergriffen werden zu können. Dafür wird der Vorschlag für einen **neuen Artikel 11**<sup>6</sup> des LRV gemacht.
- Zum anderen richtet sich die *Willensbekundung* auf einer *Sekundärebene* auf Vorschläge zu sachgemäßen Änderungen in den einschlägigen Texten des LRV - insbesondere zu den Formulierungen in dem **bisherigen Artikel 11 und anderen Vertragspassagen**<sup>7</sup>, um diese im Sinne der *Integration des Prinzips der vollen BürgerschaftsSouveränität* zu qualifizieren. Dieser Teil wird auch Gegenstand einer förmlichen *Petition* an das EU-Parlament und von an die übrigen EU-Organe [gem. der Ankündigungen zukünftigen Handelns im Art. 11 des LRV] gerichteten Interventionen seitens Impuls21 - EBB sein. Damit wären dann alle operativen Möglichkeiten, das Anliegen vorzubringen, ausgeschöpft.

### 3. Die soziale Kunst

**2.3** Ein weiteres operatives Hauptelement ist **der BürgerschaftsPass**. Auch er dient dem Zweck, die BürgerschaftsSouveränität *selbstbewusst* zu ergreifen und nicht länger auf ein gnädiges Zugeständnis des politischen Establishments zu vertrauen. Was aus dieser Ecke zu erwarten ist, kann man am Charakter der Texte des sog. LRV, insbesondere an seinem skandalösen Artikel 11 erkennen.

Wir laden unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein

- **zu einer virtuellen gesamteuropäischen BürgerschaftsVersammlung im Internet, um mit ihrer Beteiligung an der Willensbekundung einen zeitgemäßen »BallhausSchwur«<sup>8</sup> zu leisten,**
- **nicht länger auf den »Segen von oben« wartend, sich zur Bürgerschaft der Europäischen Union zu erklären**
- **und dies mit der »Aneignung« des BürgerschaftsPasses zu dokumentieren.**

Der Pass steht - zunächst in deutsch - für alle, die dieses Projekt der selbstbestimmten SouveränitätsErklärung durch Mitwirkung unterstützen wollen, ab dem 1. August 2008 auf Internet-Abruf zur Verfügung.<sup>9</sup>

---

6 ebd.

7 <http://www.impuls21.net/skandal-und-alternative/fortsetzung-4>

8 <http://de.wikipedia.org/wiki/Ballhausschwur>

9 Näheres zum BürgerschaftsPass: <http://www.impuls21.net/der-buergerschaftspass>

### III. Summa Summarum

Natürlich ist dieser *Anstoß zu einer völlig gewaltfreien geistig-politischen Revolution »à la hauteur des principes«* nur dann zielführend, wenn alle, die von dem Projekt erfahren, es prüfen und den Impuls als Multiplikatoren nach Möglichkeiten und Kräften befördern, wenn sie feststellen, dass er begründet, berechtigt und notwendig, das heißt: dass er »an der Zeit« ist und nur darauf wartet, aufgenommen und verwirklicht zu werden. Die nächsten Monate werden zeigen, wo das europäische Bewusstsein in dieser Hinsicht steht.

Auch wenn die Massenmedien, wie bisher, nicht bereit sein sollten, ihrer Informationspflicht auch gegenüber Aktivitäten der Zivilgesellschaft wie derjenigen, über die hier kurz berichtet wurde, nachzukommen, kann das letztlich kein Grund sein, am Erfolg des Projektes zu zweifeln. Denn mit nur geringem Aufwand kann jeder Mensch, der Zugang zum Internet hat - und das ist längst die Mehrheit der europäischen Bevölkerung - seinen Beitrag leisten: *sich informieren, prüfen, andere informieren, sich an der Willensbekundung beteiligen und den BürgerschaftsPass anfordern.*

Es sind nur *fünf Schritte*, die den Einzelnen weniger als zehn Euro kosten, und wir haben die Europäische Union - *revolutionär-evolutionär* - demokratisch auf das Fundament der zeitgemäß gedachten und gestalteten BürgerschaftsSouveränität gestellt. - Wir sind gespannt, mit wie viel spezieller Phantasie die Menschen in Ost und West, in Nord und Süd diesen längst fälligen Anstoß verbinden werden. Wir freuen uns über die Mitteilung dementsprechender Einfälle.

## Initiative Impuls21 Europäische Bürgerschaftsbewegung [EBB]